

Dialog der Religionen

Wie können und sollen Juden, Christen und Muslime miteinander umgehen?

Dieser Frage geht unser Autor nach am Beispiel von Jerusalem, wo sich die drei monotheistischen Religionen besonders nahe sein sollten

ES IST SO SCHWER, EINANDER ZU LIEBEN

Von LUDWIG WATZAL

Kein Ort könnte geeigneter für den interreligiösen Dialog zwischen Juden, Christen und Muslimen sein als das Heilige Land. Welcher Ort ist allen drei monotheistischen Religionen heiliger als Jerusalem? Den Juden gilt Palästina als verheißenes Land, für Christen ist es der Ort, an dem Jesus gelebt hat, gestorben und auferstanden ist, und für die Muslime ist ihr Prophet auf dem Rücken seines Pferdes Burak in den Himmel aufgefahren.

Allen drei Religionen muß die israelische Regierung gerecht werden, was nicht immer leichtfällt. Sie hat sich zwar nach der Eroberung Ostjerusalems für den freien Zugang zu den heiligen Stätten eingesetzt, aber Fanatiker auf muslimischer und auf jüdischer Seite haben immer wieder versucht, diesen Modus vivendi für ihre Ziele auszunutzen. Um das friedliche Zusammenleben der Religionsgemeinschaften langfristig zu sichern, bedarf es religiös eingestellter Menschen, die bereit sind, sich gegen Vorurteile zur Wehr zu setzen und für den Wert zwischenmenschlicher Beziehungen einzutreten. Dazu sind die drei Weltreligionen von ihrer Lehre her geradezu prädestiniert, weil sie auch auf eine lange Tradition der Toleranz zurückblicken können.

Der interreligiöse Dialog wird durch die Vielzahl religiöser Gruppen nicht gerade erleichtert. Kaum zu übersehen ist die Vielzahl der Kirchen im Nahen Osten. Als Europäer braucht man schon einen Stammbaum der Konfessionsfamilien, um sich einigermaßen zurechtzufinden. Die christlichen Gemeinschaften in Israel lassen sich in vier Kategorien einteilen: Orthodoxe, Monophysiten, Katholiken (Lateinische und Unierte) und Protestanten. Sie setzen sich aus 20 alten und einheimischen Kirchen sowie aus 30

protestantischen Denominationen zusammen. Mit Ausnahme der ältesten Nationalkirche – der armenischen – und einiger anderer sprechen die einheimischen Kirchen überwiegend Arabisch.

Wie wichtig den Religionsgemeinschaften Jerusalem als Kristallisationspunkt ihres Glaubens ist, zeigt die große Zahl ihrer Niederlassungen. So hat das von Jesuiten geführte Päpstliche Bibel-Institut in Jerusalem in den vergangenen 15 Jahren zusammen mit der Hebräischen Universität für solche Studenten aus 25 verschiedenen Ländern Seminare durchgeführt, die später einmal als Lehrer in katholischen Seminaren tätig werden. Katholische Einrichtungen der Dominikaner oder Benediktiner auf dem Berg Zion führen ebenfalls Studienprogramme durch. Erst kürzlich hat das Katholische Institut in Paris eine Abteilung für Jüdische Studien im Jerusalemer Ratisbonne-Kloster eingerichtet. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland unterhält im selben Kloster einige Einrichtungen. Ebenso bringen das Schwedische Theologische Institut und das Institut für die Studien im Heiligen Land Studenten aus Schweden, den USA und der Dritten Welt nach Jerusalem.

Im Alltag verschmelzen Politik und Religion

Die Dachorganisation und älteste Einrichtung im Bereich interreligiöser Aktivitäten ist die Israel Interfaith Association; sie wurde 1957 gegründet. Neben dieser Organisation gibt es die Rainbow-Gruppe, die Ecumenical Theological Research Fraternity, das Tantur Ecumenical Institute for Theological Studies, den Interreligious Coordinating Council in Israel (ICCI) sowie auf palästinensischer Seite Al-Liqa (der Treff). Auf jüdischer Seite beteiligen sich das American Jewish Committee, der American Jewish Congress und die Anti-

Defamation League of B'nai B'rith sowie zahlreiche kleinere Institutionen am interreligiösen Gespräch.

Dieser Dialog findet im Spannungsverhältnis von Politik und Religion statt. Nirgendwo sonst sind beide Sphären so eng miteinander verwoben wie in Israel oder Palästina. Für die Dialoggruppen bedeutet es immer wieder eine Gratwanderung, wenn es heißt, zu aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen. Die allgemeine Tendenz der verschiedenen Gruppen ist darauf gerichtet, sich aus der Politik herauszuhalten, da dies politisch gelöst werden müsse, wie es Michael Krupp, Generalsekretär des Interfaith und Beauftragter der Berlin-Brandenburgischen Kirche, für das interreligiöse Gespräch betonte.

Er sieht aber einen zunehmenden Handlungsbedarf, im politischen Bereich tätig zu werden, da immer mehr Mitglieder dies wünschen. Die prekäre Lage der Palästinenser und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee in den besetzten Gebieten erlaubt es diesen Gruppen nicht länger, politisch abstinent zu bleiben. Wenn Gott und das mit ihm aufs engste verbundene Humanum das zentrale Anliegen des interreligiösen Dialogs sind, kann es sich bei dieser Aktivität nur um ein Politikum handeln.

Wie zentral ein solches, über den religiösen Tellerrand hinausgehendes politisches Engagement ist, zeigt der Einsatz der Rabbiner for Human Rights (RHR). Diese wohl einzigartige jüdische Menschenrechtsorganisation umfaßt über 120 Rabbiner – von Orthodoxen bis zu Reformrabbinern. Es ist die einzige Organisation in Israel, die die führenden Persönlichkeiten der verschiedenen jüdischen Glaubensrichtungen zusammenbringt, sowie die einzige jüdisch-religiöse Einrichtung, die sich um Menschenrechte sorgt. Ihr Anliegen ist es, das humane Gesicht des Judentums und seine Ziele der sozialen Gerechtigkeit in Israel stärker in die Öffentlichkeit zu tragen.

Sie soll unterrichtet werden, was in ihrem Namen und mit den jüdischen Prinzipien geschieht. Selbst das religiöse Establishment schweigt dazu.

Wie wichtig und brisant der Einsatz der RHR neben ihrem Engagement im interreligiösen Dialog ist, zeigt das Beispiel des galiläischen Dorfes Ramya – eine Meile von der jüdischen Stadt Carmiel entfernt. Nach Angaben von RHR sollen seine arabischen Bewohner, die alle jüdische Staatsbürger sind, durch eine Gerichtsentscheidung gezwungen werden, ihr Dorf und ihr legal registriertes Land für sowjetische Juden zu räumen. Der Rabbiner Ehud Bandel, Executive Director von RHR, be-

zeichnete diese Aktion der Regierung als „sehr inhuman und unmoralisch, fernab jeder Vorstellung von Gerechtigkeit“.

Nach Angaben des „Solidaritätskomitees Ramya“ ist es bis heute zu keiner Übereinkunft mit der Regierung und den Bewohnern von Ramya gekommen. Im Gegenteil: Am 14. Oktober 1992 erhielten die Bewohner vom „Bailiffs“-Büro in Nazareth die Aufforderung, binnen 20 Tagen ihr Land und ihre Häuser zu verlassen. Daraufhin kam es zu nationalen und internationalen Protesten. Am 18. Oktober gab es eine Versammlung zwischen Juden, Arabern und dem „Solidaritätskomitee Ramya“ in Ramya. Der Polizeiminister Moshe Shahal traf sich am 23. Oktober mit Bewohnern des Ortes und forderte diese auf, alle Beziehungen zu politischen Parteien und dem „Solidaritätskomitee“ einzustellen.

Fundamentalistische Strömungen erschweren die Begegnung

Die anstehenden Verhandlungen soll Beni Shiloh vom Büro des Ministerpräsidenten leiten. Der Leiter der israelischen Landbehörde (ILA), Eliyahu Babai, bestand weiterhin auf der gerichtlichen Vertreibung, da die Bewohner auf „Staatsland“ lebten. Das Knesset-Komitee für innere Angelegenheiten empfahl der ILA, die gerichtliche Anordnung zu umgehen und Ramya in die Stadt Carmiel einzugliedern. Solange aber nicht die Regierung deutlich macht, daß die Bürger dort bleiben dürfen, solange ist deren Zukunft ungewiß. Vertreter

des „Solidaritätskomitees“ zeigten sich von der Politik des Ministerpräsidenten Rabin enttäuscht, die sich in nichts von der seines Vorgängers in dieser Frage unterscheidet. Erneute Verhandlungen am 23. November 1992 endeten übrigens wiederum ergebnislos.

An diesem Fall läßt sich Ehud Bandels Konzept einer Penetration von Politik und Religion gut exemplifizieren. In bezug auf eine Konfliktlösung spricht er von einer Verschmelzung des Politischen mit dem Spirituellen. Von dieser „Kultivierung des Herzens“ verspricht sich Bandel einen Weg, der die Menschen weg von ihren tiefverwurzelten Vorurteilen und abgrundtiefen Abneigungen gegeneinander bringt; so könnte daraus eine größere Vision des friedlichen Zusammenlebens zwischen den Bewohnern Carmiels und Ramyas entstehen.

Ist schon der interreligiöse Dialog zwischen Juden und Christen nicht leicht, so gestaltet er sich zwischen diesen und den Muslimen als äußerst schwierig. Von verschiedener Seite wird ein solcher Dialog als nicht existent bezeichnet. Den Grund sehen Michael Krupp und der Rabbiner David Rosen von der Anti-Defamation League in dem „prämodernen“ Charakter des Islam grundgelegt. „Deshalb war auch der Dialog im Kulturellen und Sozialen immer stärker als im Religiösen.“

Das Fehlen der Muslime in diesem Dialog beklagte auf einer Veranstaltung des Interfaith Muhamed Hourani. Der Islam habe es noch nicht vermocht, als gleichberechtigter Partner in das Religionsgespräch einzusteigen. Bedauerlich sei auch die Anfeindung des Islam sowohl in der christlichen als auch in der jüdischen Welt. Für viele Juden und Christen sei der Islam nur mit dem „Djihad“ – dem heiligen Krieg – verbunden. Dabei nehme man nicht zur Kenntnis, daß es neben der Welt des Krieges auch die Welt der Versöhnung und des friedlichen Ausgleichs gebe. Insbesondere der frühe Islam kenne sehr wohl das friedliche Zusammenleben mit den anderen Religionen.

Belastend für den interreligiösen Dialog wirke sich auch das Verhalten einiger protestantischer Denominationen aus. So vertreten einige dieser fundamentalistischen Gruppen die Ansicht, Israel habe den göttlichen Bund und damit das Recht auf das Land Israel verwirkt, wohingegen die überwiegende Mehrzahl dem Anspruch der Juden auf einen eigenen Staat mit großer Sympathie gegenübersteht.

Die fundamentalistischen Strömungen begrüßen die Rückkehr der Juden enthusiastisch als ein Anzeichen des nahen Be-

vorstehens der Wiederkunft Christi. Einige Gruppen identifizieren sich mit den radikalen Teilen der israelischen Gesellschaft; sie lehnen jeden interreligiösen Dialog ab und stellen eine schwere Belastung für diesen dar. Mit massiver finanzieller Unterstützung aus den USA entpuppen sich diese Gruppen als unkritische Apologeten der israelischen Besatzungspolitik. Sie bringen keinerlei Verständnis für die einheimischen Christen auf.

Auch Katholiken haben mit Juden ihre Schwierigkeiten, die in deren Rückkehr nach „Zion“, in der Gründung des Staates Israel und in der Besetzung Ostjerusalems im Jahre 1967 liegen. Der Vatikan vertritt seit 1948 die These von der Internationalisierung Jerusalems und lehnt den Zionismus ab. Jetzt verlangt er internationale Garantien für die heiligen Stätten in Jerusalem. Außerdem drängt der Vatikan darauf, daß die Palästinenserfrage – zahlreiche Palästinenser sind Christen – ordentlich gelöst wird. Dieses Problem ist eines der Hindernisse, die der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel durch den Vatikan im Wege stehen. Über die Normalisierung der Beziehungen wird augenblicklich gerade wieder verhandelt. Da der Papst zu erkennen gegeben hat, daß er noch in diesem Jahr Israel besuchen wolle, hat er seine Verhandlungsposition – so sehen es manche Beobachter – geschwächt und die der jüdischen Seite gestärkt. Die Israelis wollen sich jetzt den Wunsch des Papstes gewinnbringend abhandeln lassen.

Wie sind die Aussichten für den interreligiösen Dialog in der Zukunft? Diese Dialogform kann langfristig nur aufrechterhalten werden, wenn es gelingt, die europäische Agenda durch eine nahöstliche zu ersetzen. Der alles dominierende Holocaust und Antisemitismus muß durch das Palästinenserproblem und die Intifada

ergänzt werden, denn beides hat gravierende Auswirkungen auf das Leben der Menschen in den besetzten Gebieten und in Israel.

Der interreligiöse Dialog im Heiligen Land darf nicht die Augen vor der israelischen Besatzungspolitik und den damit einhergehenden massiven Menschenrechtsverletzungen verschließen. Die religiösen Gruppen müssen Einfluß auf die Rabin-Regierung ausüben, damit sie ihre Besatzungspolitik von Grund auf überdenkt. Hoffnungen, die in seine Regierung gesetzt worden sind, haben sich bis heute leider nicht bestätigt. Rabin knüpft dort an, wo die Schamir-Regierung aufgehört hat, und zwar in der täglich zunehmenden Diskriminierung der Palästinenser.

Auf Feindschaft und Zerstörung müssen Respekt und Harmonie folgen

Die völkerrechtswidrige Massendepotierung von über 400 Palästinensern hat sich als Bumerang erwiesen. Ob die Aufhebung des Kontaktsperregesetzes durch die Knesset der große Wurf ist, wird die Zukunft zeigen. Israel muß sich fragen, ob es durch seine starre Haltung der Hamas-Bewegung und dem Islamischen Djihad die Menschen nicht gerade in die Arme treibt.

Auch das Auftreten der Propheten war politisch. Der Rabbiner David Rosen hält die interreligiöse Aktivität für eine „prophetische“. Wenn die Macht der Propheten darin bestand, Feindschaft und Zerstörung in gegenseitigen Respekt und Harmonie zu verwandeln, warum sollte es dann nicht gelingen, die Hamas-Bewegung in einen Dialog einzubinden. Oder gibt es im Ursprungsland der Propheten diese nicht mehr?